



Fortbildungskurs Strassenverkehr, Luzern 1./2. Dezember 2010 "Experten geben Auskunft"

Thema 1: Parkieren bei Zonensignal

Problematik:

Inwiefern gilt Artikel 79 Absatz 1^{ter} SSV auch bei einer Zonensignalisation?

In dieser Bestimmung der SSV wird festgehalten, dass dort wo Parkfelder gekennzeichnet sind, Fahrzeuge nur innerhalb dieser Felder parkiert werden dürfen. Nun hat das Bundesgericht den Geltungsbereich dieses "Verbots", ausserhalb der markierten Felder zu parkieren, auf ca 5 - 6 Wagenlängen festgelegt. Somit dürfte hier, bei Einhaltung dieser Distanz, wiederum ausserhalb der markierten Felder parkiert werden. Inwiefern gilt nun Artikel 79 Absatz 1^{ter} SSV - gemäss Auslegung des Bundesgerichts - bei den Zonen nach SSV:

- Artikel 2a (Zonensignalisation für das Parkieren),
 - Artikel 22a (Tempo-30-Zonen),
 - Artikel 22b (Begegnungszonen),
 - Artikel 22c (Fussgängerzonen)?
-

Erläuterung:

Auf einer geraden Strasse ohne Unterbrüche durch Kreuzungen etc, wo dem Trottoir entlang Parkfelder markiert sind, dürfen daran anschliessend mindestens auf einer Länge von 5 - 6 Personenwagen keine Fahrzeuge aufgestellt werden. Im Zweifel ist ein Verbot zu signalisieren (BGE 101 IV 87).

Zu berücksichtigen ist, dass dieser Entscheid im Jahr 1975 erging, also lange bevor die einschlägigen Bestimmungen der Signalisationsverordnung über die Tempo-30-, Begegnungs- und Fussgängerzonen in Kraft getreten sind.

Artikel 2a (Zonensignalisation für das Parkieren)

Ein mittels Zonensignalen signalisiertes Parkregime gilt grundsätzlich auf sämtlichen öffentlichen Strassen der entsprechenden Zone. Es kommt somit auf allen Parkierungsflächen zur Anwendung, unabhängig davon, ob in den Strassenzügen jeweils Parkfelder markiert sind oder nicht. Sind keine Parkfelder markiert, stellt sich die Frage nach der Gültigkeit des bundesgerichtlichen Entscheids nicht. Mit markierten Parkfeldern will die zuständige Behörde eine Parkordnung schaffen, dies zum Beispiel aus Gründen der Bewirtschaftung der zur Verfügung stehenden Parkierungsflächen. Auf dem Zonensignal muss dann aber angezeigt werden, dass ausserhalb der markierten Parkfelder nicht parkiert werden darf («Parkieren nur in-

nerhalb der markierten Parkfelder zulässig»). In solchen Fällen kommt die erwähnte bundesgerichtliche Rechtsprechung nicht zur Anwendung.

Artikel 22a (Tempo-30-Zonen)

Anders als bei den Begegnungszonen und den Fussgängerzonen enthalten weder die Signalisationsverordnung noch die Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen (SR 741.213.3) spezielle Parkierungsvorschriften für Tempo-30-Zonen. Demnach ist davon auszugehen, dass hier die allgemeinen Parkierungsvorschriften gelten. Zu beachten ist namentlich Artikel 19 Absatz 3 VRV, wonach in schmalen Strassen Fahrzeuge nur auf einer Seite parkiert werden dürfen, wenn sonst die Vorbeifahrt anderer Fahrzeuge erschwert würde. Wenn es die räumlichen Verhältnisse zulassen, kann der erwähnte Entscheid des Bundesgerichts auch in Tempo-30-Zonen Anwendung finden.

Artikel 22b (Begegnungszonen) und Artikel 22c (Fussgängerzonen)

Sowohl in Begegnungs- als auch in Fussgängerzonen ist das Parkieren «nur an den durch Signale oder Markierungen gekennzeichneten Stellen erlaubt» (Art. 22b Abs. 2 und Art. 22c Abs. 2 SSV). Der Verordnungsgeber wollte in diesen beiden Zonen den Fussgängern und den Benützern fahrzeugähnlicher Geräte eine Vorrangstellung gegenüber dem Fahrverkehr einräumen. Dies kommt zum Beispiel darin zum Ausdruck, dass sie gegenüber den Fahrzeugen Vortritt haben.

Mit der Formulierung «nur ... erlaubt» wollte der Verordnungsgeber zum Ausdruck bringen, dass Fahrzeuge in solchen Zonen nicht überall abgestellt werden dürfen, auch wenn sie zum nächsten signalisierten Parkfeld einen Abstand wie vom Bundesgericht definiert einhalten würden. Dies ergibt sich auch aus den Ziffern 251 und 259 des Anhangs 1 zur Ordnungsbussenverordnung, nach denen das Parkieren in einer Begegnungszone oder in einer Fussgängerzone an nicht dafür gekennzeichneten Stellen mit den dort aufgelisteten Bussenbeträgen geahndet wird. Auf Begegnungs- und Fussgängerzonen findet demnach der bundesgerichtliche Entscheid keine Anwendung.